

C·A·P Planung...

15./16. April 1998

1. Treffen der Arbeitsgruppe „Migrationspolitik im Rahmen des Projektes „Transatlantische Lerngemeinschaft (Forschungsgruppe Europa in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung, dem German Marshall Fund und dem Migration Dialogue).

4. Mai 1998

C·A·P-Forum „Nach der Entscheidung: Die Wirtschafts- und Währungsunion vor dem Start“.

10.-12. Mai 1998

Konferenz in Brüssel zu den Außenbeziehungen der EU gegenüber Rußland, der Ukraine und der Türkei. Veranstalter: GD IA der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung.

13.-14. Mai 1998

FAZIT-Veranstaltung zum Thema „Nation“ in Berlin. Veranstalter: FAZ, DeutschlandRadio und C·A·P.

17.-19. Juni 1998

Tagung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Deutschland zum Thema „40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz“.

19. Juni 1998

C·A·P-Forum zum Thema „Taiwan“.

C·A·PANORAMA...

erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben vom Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 / 4904 290

Fax 089 / 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

<http://www.cap.uni-muenchen.de>

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Gestaltung: Jürgen Gros

Redaktion: Jürgen Gros, Nicole Schley,

Eva Feldmann

Produktion: Bartels & Wernitz, München

Grundbedingungen des modernen Regierens

von Karl-Rudolf Korte

Über die Ursachen der politischen Blockaden wird zur Zeit heftig gestritten. Die Diagnosen bewegen sich zwischen gesellschaftlicher Reformunwilligkeit und Unregierbarkeit des politischen Systems angesichts der Patt-Situation zwischen Bundestag und Bundesrat. Wo liegen die tieferen Ursachen und welche Auswege zeigen sich? Zunächst der Befund: Die Politik der Entgrenzung nach außen sowie einer Individualisierung nach innen führt zu einer Überlastung der politischen Systeme. Die Globalisierung der Politik verurteilt das politische System zu permanentem Streß. Zu den Strukturmerkmalen der Verflechtung von Themen bei gleichzeitiger Veränderung von Staatlichkeit (mangelnde Kompetenz des Nationalstaats), gesellt sich die Entparlamentarisierung (Entscheidungsfindung in Verhandlungssystemen) als eine weitere zentrale Problemkategorie. Effizienz-Erosion, Regelungsverluste der Politik, Ohnmacht angesichts fehlender Lösungsinstanzen sind die Konsequenz. Diese Strukturveränderungen der Politik sind völlig unabhängig von parteipolitischen Konstellationen. Sie treffen alle Industriegesellschaften gleichermaßen.

Welche Spielräume des Regierungshandelns bleiben dabei für den amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl? Wo Entparlamentarisierung einsetzt, werden Politiknetzwerke zu wichtigen Hilfsinstrumenten des Regierens. Besonders die Personalnetzwerke dienen dazu, die Entscheidungskosten zu reduzieren. Koalitionspolitische Kungelrunden fördern den Interessenausgleich im Vorfeld formaler Entscheidungen. Regieren in den Grauzonen der Verfassung ist somit auch eine Antwort auf die gewachsene Bedeutung von formalen Organisationen bei gleichzeitigen Machtbegrenzungen durch korporatistische Akteure. Kohl favorisiert Gremien, in denen sich die Verhandlungspartner aus den unterschiedlichen Entscheidungsarenen von Außeneinflüssen abschirmen. Das macht zwar anfällig für Entscheidungsblockaden, weil sich dabei häufig Kompetenzbereich und Interessendefinitionen der Entscheidungsebenen nicht decken, aber es stärkt auch gleichzeitig die Machtposition des Moderators, weil er allein die Verhandlungspartner und die Regeln bestimmt. Gerade angesichts der gewachsenen Herausforderungen muß sich die nationalstaatlich legitimierte Regierung darüber hinaus auch zunehmend als wichtige Interpretationsinstanz der Politik gegenüber dem Bürger sehen. Charisma und Amtsdauer sollen dabei helfen, den Wunsch nach politischer Stabilität in all seinen Widersprüchlichkeiten zu befriedigen: Jede Ankündigung von Veränderung muß in das Versprechen münden, daß am Ende alles so bleiben wird wie bisher. Das ist offenbar der Spielraum in Deutschland für Führungsleistungen im Rahmen einer Politik mit Koalitionsregierungen, Proporzpluralismus und einer politischen Kultur des Konsenses. Noch etwas war bisher erfolgversprechend angesichts der innen- und außenpolitischen Machtabhängigkeiten eines Regierungschefs: Mit konkreten, strategischen Zielvorgaben sollte man sich zurückhalten, nicht jedoch mit Visionen über die alltägliche Situationsbewältigung hinaus. Großvisionen, wie deutscher und europäischer Einheit kamen und kommen in der Politik eine gestaltende Kraft zu. Wenn sich die Leitbilder jedoch im Euro erschöpfen, versiegt auch die Steuerungskraft der vielversprechendsten Idee. So verkommt mutige Politik zu vorsichtigen Andeutungen.

Privatdozent Dr. habil. Karl-Rudolf Korte ist Leiter der Forschungsgruppe Deutschland. Im April erscheint bei DVA seine zeitgeschichtliche Studie über Regierungshandeln und Amtsverständnis der Regierung Kohl am Beispiel der Deutschlandpolitik: „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989“, Stuttgart 1989, DM 98,- (ISBN 3-421-05090-2).

C·A·P_{rolog}...

Eine alte These ...

... der Außenpolitikforschung erfüllt sich neu: Nicht nur Unternehmen und große Organisationen handeln transnational; zunehmend vernetzen sich Interessengruppen und Initiativen international. Noch nie war, dank des Internet, globale Kommunikation und Vervielfachung der Medienkanäle, grenzüberschreitende Kooperation leichter und die Koordination von Interessen und Aktivitäten preiswerter als heute. Der Ressourcenvorsprung staatlicher Außenbeziehungen schwindet.

Ein großes Thema für transnationale zivilgesellschaftliche Kooperation liegt auf der Hand: die Folgen von Globalisierung und internationaler Verflechtung für die Gesellschaften, ihre Werte und „public goods“. Über die Zukunft gesellschaftlicher Organisation wird künftig transnational nachzudenken sein - vor allem zwischen den Gesellschaften der OECD-Welt. Das C·A·P hat dazu eine neue Forschungsgruppe „Zukunftsfragen“ eingerichtet. Sie wird sich, gefördert von der Hoechst-Stiftung, nicht nur mit der Analyse internationalen gesellschaftlichen Wandels befassen, sondern will Dialog herstellen, Impulse vermitteln und Lern- wie Innovationsbezüge schaffen zwischen Nordamerika, Europa und Ost-/Südostasien.

Josef Janning

Stv. Direktor des C·A·P, Leiter der Forschungsgruppe Europa

Havel-Stipendiaten am C·A·P

Empfang durch den Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität

Mit großer Herzlichkeit hat der Rektor der Universität München, Prof. Dr. Andreas Heldrich, drei tschechische Politikwissenschaftler bzw. Journalisten in München willkommen geheißen. Kristina Larischowá, Daniel Kaiser und Petr Drulák sind auf Einladung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, des DeutschlandRadio Berlin und des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) als Havel-Stipendiaten für ein halbes Jahr in der Bundesrepublik Deutschland.

Hintergrund der Initiative ist das von diesen drei Institutionen organisierte FAZIT-Forum „Mitteleuropa“ vom vergangenen Jahr, das der tschechische Präsident Vaclav Havel und Bundespräsident Roman Herzog feierlich eröffnet hatten. Bei dem Fazit Forum hatten hochkarätige Referenten aus West-

Empfang der Stipendiaten durch den Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität: Josef Janning (C·A·P), Daniel Kaiser, LMU-Rektor Prof. Andreas Heldrich, Kristina Larischowá, Petr Drulák, Prof. Werner Weidenfeld (C·A·P), Jürgen Turek (C·A·P) (v.l.n.r.).

und Osteuropa eine Bilanz des Reformprozesses nach den politischen Umwälzungen im mittleren und östlichen Europa gezogen und Entwicklungswege sowie Problemlösungen der Zukunft ausgelotet.

Um nicht nur über Mittelosteuropa zu diskutieren, sondern auch einen konkreten Beitrag zum Zusammenwachsen des gesamten Europas zu leisten, wurden im Zusammenhang mit FAZIT „Mitteleuropa“ die Havel-Stipendien gestiftet, mit deren Hilfe junge Wissenschaftler und Journalisten aus dem mittleren Europa im Westen des Kontinents persönliche wie berufliche Erfahrungen sammeln können. Die Stipendiaten sind auf Vorschlag von Präsident Havel ausgewählt worden. An der Universität München, in Frankfurt am Main sowie in Berlin werden die Stipendiaten jeweils für einige Wochen die Gelegenheit haben, Organisationsabläufe und Arbeit des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P), der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und des DeutschlandRadios intensiv kennenzulernen.

„Wie wir morgen leben wollen“

Am C·A·P entsteht eine neue Forschungsgruppe für Zukunftsfragen

Das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) hat eine neue Forschungsgruppe: Als Projektpartner der *Hoechst-Stiftung* entwickelt die Anfang des Jahres eingerichtete „Forschungsgruppe Zukunftsfragen“ Konzept und Programm eines europäisch-amerikanisch-asiatischen Dialogs. Im Rahmen des einmal jährlich stattfindenden *Hoechst Triangle Forums* werden sich Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaftler, Künstler und Publizisten aller drei Regionen mit der Frage auseinandersetzen, wie wir morgen leben wollen.

Das Internet ...

... soll für das „Hoechst Triangle Forum“ als globale Kommunikationsplattform in effizienter Form genutzt werden. Zu diesem Zweck hat das C·A·P bereits eine eigene Homepage in englischer Sprache eingerichtet („<http://www.hoechst-forum.uni-muenchen.de>“), die in Zukunft Projektinformationen, Tagungen, Call for Papers, Diskussionsbeiträge und Ergebnisse dokumentieren wird. Unter der **Mail-Adresse** „hoechst.forum@lrz.uni-muenchen.de“ kann ein elektronischer Newsletter abonniert werden, der aktuell über das Projekt informiert wird.

Die Suche nach gemeinsamen Steuerungsoptionen für das Ziel einer nachhaltigen Weltentwicklung steht dabei im Mittelpunkt.

Die zunehmende Globalisierung von Politik, Kultur und Ökonomie hat gravierende Auswirkungen auf den sozialen Wandel. Tempo, Intensität und Größenordnung der Veränderungen haben Konsequenzen, die alle Bezugssysteme des Menschen berühren; seine Existenz als Individuum ebenso wie seine unmittelbare soziale Umwelt, seine natürlichen Lebensgrundlagen wie auch die normative Grundierung des politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Systems, in dem er lebt. Die Steuerung dieses global wirksamen, für viele Menschen indes schwierigen Wandels macht eine internationale, kulturübergreifende Kooperation notwendig, die sich über die Probleme, Risiken und Chancen zukünftiger Gesellschaften verständigt und zu diesem Zweck Wissen und Orientierungsleistungen unterschiedlicher Bereiche zusammenführt.

Das Projekt, das die Forschungsgruppe Zukunftsfragen als Partner der Stiftung der Hoechst AG konzipiert und durchführt, steht im Zeichen eines bewußt interkulturell und interdisziplinär angelegten Ansatzes. Ziel ist es, einen trilateralen Dialog zwischen Europäern, Amerikanern und Asiaten als eine Ideenagentur zu etablieren, die Entwicklungen in den Bereichen Technologie, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft analysiert und inter- wie auch intraregionale Konflikt- und Kooperationspotentiale identifiziert, um daraus gemeinsame Handlungsoptionen für die Gestaltung der Welt von morgen abzuleiten. Das intellektuelle Reservoir des Hoechst Triangle Forums bilden daher nicht nur herausragende Akteure aus Politik und Wirtschaft, sondern auch Künstler, Publizisten und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen.

Die Aufgaben der Forschungsgruppe Zukunftsfragen am C·A·P umfassen die inhaltliche Vorbereitung des Forums, die Auswahl und Ansprache der Teilnehmer, die Durchführung von vorbereitenden Input Task Forces sowie die Vermittlung der Ergebnisse. Die Impulse des Forums werden in Memoranden aufgearbeitet und in Europa, Amerika und Asien gleichzeitig veröffentlicht. Das Projekt erhält zudem eine eigene Homepage im Internet, die über Stationen, Schwerpunkte und Ergebnisse der Projektarbeit informiert. Das Internet dient darüber hinaus als Resonanzbecken, das den weltweiten Dialog mit allen Interessierten gewährleistet.

Das Team der Forschungsgruppe Zukunftsfragen mit dem Direktor des C·A·P, Prof. Verner Weidenfeld: Markus Vorbeck, Douglas Merrill und Jürgen Turek, Leiter der Forschungsgruppe Zukunftsfragen (v.l.n.r.).

Giering, Claus: **Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration**, Bd.1 der Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Europa Union Verlag, Bonn 1997, ISBN 3-7713-0546-2, 34,80 DM.

Prof. Werner Weidenfeld und Dr. Claus Giering anlässlich der Präsentation des ersten Bandes der Münchner Beiträge zur europäischen Einigung. In der von Prof. Weidenfeld herausgegebenen Reihe werden Einzelstudien, Forschungsberichte und Sammelwerke publiziert, die im Rahmen der Forschungstätigkeit am C·A·P und am Lehrstuhl für Politische Systeme und Europäische Einigung des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft entstehen.

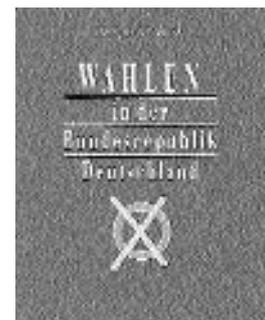
Deutsche Europapolitik

Die deutsche Europapolitik befindet sich in einem Rollenkonflikt: Einerseits unterstützt die Bundesrepublik in der EU zukunftsweisende Projekte (Währungsunion, Reform der Institutionen, Osterweiterung), andererseits besteht heute weniger Bestimmtheit in der Umsetzung von Integrationsvorhaben in Deutschland. Die innerstaatlichen Entscheidungsprozesse sind zu stark sektoralisiert und durch ein „Primat der Verfahren“ zu inflexibel gestaltet. Um die notwendige Führungskraft Deutschlands in der EU zu erhalten, unterbreiten die Autoren des Positionspapiers konkrete Vorschläge, wie die institutionelle Kapazität deutscher Europapolitik optimiert werden kann. Kernforderung ist die Etablierung eines „Staatsministers für die Europäische Integration“ im Bundeskanzleramt. Das Arbeitspapier bündelt die Ergebnisse des von der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa gemeinsam durchgeführten Projektes „Effektivierung deutscher Europapolitik“.

Das Wahljahr 1998

Unter dem Titel „Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland“ hat Karl-Rudolf Korte eine Bestandsaufnahme der Diskussionen zum Wahlsystem vorgenommen. Die Bundestagswahlen stehen dabei im Mittelpunkt, jedoch werden auch die Wahlen zum Europäischen Parlament, die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen problematisiert. Neben der Beschreibung der aktuellen Wahlverfahren leistet das Buch eine prägnante Analyse zum Stand der Wahlforschung und des Wählerverhaltens.

Janning, Josef; Meyer, Patrick: **Deutsche Europapolitik - Vorschläge zur Effektivierung**, Arbeitspapier, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1998 (das Arbeitspapier kann am C·A·P angefordert werden).



Korte, Karl-Rudolf: **Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland** (das Buch ist kostenlos zu beziehen bei der Bundeszentrale für politische Bildung/Berliner Freiheit 7, 53003 Bonn).

C·A·Pportrait...

Wolfgang Bücherl betreut seit September 1997 in der **Forschungsgruppe Europa** das Projekt **Improving Responsiveness to International Change**. Dieses Programm für junge amerikanische und europäische Entscheidungsträger führt er in Zusammenarbeit mit dem **German Marshall Fund of the United States** durch. Es hat zum Ziel, den Dialog unter zukünftigen Entscheidungsträgern zu solchen Themen zu fördern, die nicht direkt die transatlantischen Beziehungen betreffen. Darüber hinaus betreut Bücherl auch die Transatlantic Issues Series. Er studierte Politische Wissenschaft, Volkswirtschaft und Neuere Geschichte an den Universitäten München und Oxford. Anschließend arbeitete Bücherl in der Gruppe für prospektive Analyse bei der EU-Kommission in Brüssel.



Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hrsg.): **Europa von A-Z**. Taschenbuch der europäischen Integration, 6. Auflage, Europa Union Verlag, Bonn 1997, ISBN 3-7713-0551-9, 432 S., 24,90 DM.

Europa von A-Z

Europa erlebt seit einigen Jahren Geschichte im Zeitraffer. Die Integration der Europäischen Union wird bestimmt von der Inangriffnahme der Währungsunion, vom Abschluß der Regierungskonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages, von der bereits vollzogenen Erweiterung auf 15 Mitglieder und von der noch anstehenden Erweiterung um Staaten Mittel- und Osteuropas. Europäische Regelungen betreffen jeden Einzelnen mehr als oft angenommen. Daher ist ein Wissen um die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Europäischen Union längst zum Bestandteil der Allgemeinbildung geworden. Die nunmehr 6. Auflage von „Europa von A-Z“ erklärt aktuell die durch den Vertrag von Amsterdam eingetretenen Veränderungen. Als Kompendium, das bereits in alle Amtssprachen der EU übersetzt wurde und zudem auf CD-Rom vorliegt, wendet sich „Europa von A-Z“ an Leser, die schnelle und umfassende Informationen zu zentralen Themen, Begriffen und Sachverhalten der europäischen Einigung suchen. Es vervollständigt in verständlicher Sprache Wissenslücken und macht Europa durchschaubar.

NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg

Owohl die Nationaldemokratische Partei Deutschlands nach ihrer kurzen Erfolgsphase zwischen 1966 und 1968, während der sie in sieben Landtagen vertreten war, bundesweit in der Bedeutungslosigkeit versank, gelang es ihr, sich in verschiedenen deutschen Städten dauerhaft zu verankern. So wurden Tuttlingen, Villingen-Schwenningen und Weinheim zu Hochburgen der Partei in Baden-Württemberg. Die Rechtsextremisten waren dort bis in die 90er Jahre in den Gemeinderäten vertreten und konnten sich dabei in einzelnen Wahlen sogar als drittstärkste politische Kraft behaupten. Wagner untersucht in seiner Arbeit dieses Phänomen erstmals wissenschaftlich. Er fragt nicht nur nach wirtschaftlichen, historischen und sozialstrukturellen Ausgangsbedingungen sowie langjährigen Kontinuitäten und Brüchen im Wahlverhalten in den drei Städten, sondern beschäftigt sich zugleich mit Fragen der regionalen politischen Kultur, der jeweiligen Parteigeschichte und Mitgliederstruktur, dem kommunalpolitischen Auftreten der NPD-Funktionäre sowie der Rolle ihrer lokalen Führungspersönlichkeiten. Das Buch zählt so zu den von der Politikwissenschaft immer wieder eingeforderten, aber seltenen Regionalstudien zu den Erfolgsbedingungen rechtsextremistischer Parteien, die das Phänomen der dauerhaften lokalen Etablierung bei gleichzeitigem Niedergang der Bundespartei zur politischen Sekte über einen längeren Zeitraum hinweg analysieren. Die in der Studie gewonnenen Ergebnisse machen deutlich, daß beispielsweise die lange Zeit gültige These von Parallelität zwischen Hochburgen der NSDAP und der NPD nicht zutrifft.

Wagner, Peter: **NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg**. Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972-1994, Duncker & Humblot, Berlin 1997, ISBN 3-428-08964-2, 284 S., 98,-DM.

European Union and Middle East

Die Fragilität der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und dem Nahen Osten standen erneut im Zentrum des gemeinsam von C·A·P und Bertelsmann Stiftung durchgeführten Nahostprojektes. Im Winter 1997/98 wurden auf drei Expertenworkshops Thesen zur politischen Ausrichtung der EU im Nahost-Friedensprozeß, der Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen angesichts der regionalen wirtschaftlichen Stagnation und der Rolle von Wahlen in den politischen Systemen erarbeitet. Die Thesen wurden im Rahmen der sogenannten Kronberger Nahostgespräche in Form eines Strategiepapiers vorgelegt.

The Political Role of The European Union in the Middle East (working paper), München 1998 (das Arbeitspapier kann am C·A·P angefordert werden).

Erziehung zu Demokratie und Toleranz

Je mehr Menschen in einer Gesellschaft zusammenleben, die voneinander abweichende Werte, Normen und Lebensstile zu verwirklichen suchen, desto größer wird der Bedarf an Toleranz. Der derzeitige Modernisierungsprozeß führt auf praktisch allen Gebieten unserer Lebenswelt zu einer Zunahme von Vielfalt. Nicht jeder ist in der Lage, die damit verbundene Freiheit für sich selbst als Bereicherung zu erfahren. Vielmehr können Überforderung, Verunsicherung und Orientierungslosigkeit die Folge sein. Phänomene der Intoleranz, wie Ausgrenzung und Benachteiligung sozial Schwacher oder Gewalt gegen Ausländer, sind ernstzunehmender Ausdruck dieser Überforderung und fordern unsere erhöhte Aufmerksamkeit.

Mit dem wachsenden Bedarf an Toleranz steigt gleichzeitig die Notwendigkeit ihrer Vermittlung. Eine spezifische Toleranzkompetenz basiert auf der Bereitschaft, Fähigkeit und der entsprechenden Kenntnis, sich in Konfliktsituationen angemessen zu verhalten. Aus diesem Grunde verfolgt das gemeinsam von der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Jugend und Europa initiierte Projekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ die Förderung von Toleranzkompetenz als Handlungsanleitung zur kreativen und gewaltlosen Regelung von Konflikten. Auf der Basis eines von der Forschungsgruppe Jugend und Europa vorgelegten Toleranzkonzeptes werden innovative Bildungsansätze in einem internationalen Netzwerk recherchiert und adaptiert. Eigene Modellseminare und didaktische Handreichungen werden für die Implementierung in das deutsche Bildungssystem entwickelt.

Grundlage der Projektarbeit ist ein operationalisierbares Verständnis von Toleranz, das in Bildungsmaßnahmen umgesetzt werden kann. Dabei kommen erfahrungs-, erlebnis- und erkenntnisorientierte Methoden gleichermaßen zum Einsatz. Im Rahmen der Projektarbeit werden Multiplikatoren der Bildungsarbeit im ganzen Bundesgebiet geschult. Die Akzeptanz der Projektergebnisse zeigt sich bereits jetzt in der Übernahme der Bildungsmodelle in die Regelangebote von Akademien, Lehrerfortbildungseinrichtungen, Schulen und Verbänden. Mittels der breiten Streuwirkung durch die Bildungsinstitute wird durch die Projektarbeit ein nachhaltiger Impuls zur Förderung der Toleranzkultur angestrebt.



Das Wort-Bild-Puzzle ist ein bewegliches Kunstwerk und regt den Betrachter zum aktiven Gestalten eigener Bilder und Botschaften an. Auf diese Weise initiiert dieser Baustein der politischen Bildungsarbeit Situationen intensiven Austauschs und schafft Räume für neue Lernerfahrungen.

Jörg Frank (Malerei); Susanne Ulrich (Text): Wort-Bild-Puzzle, Verlag Bertelsmann Stiftung 1996, ISBN 3-98204-804-5; 40,- DM.

Demokratie

... und Legitimation der Europäischen Union wurden von einem Kreis deutscher und britischer Experten aus Politik und Wissenschaft am 3. März 1998 auf dem Petersberg unter der Leitung von Prof. Werner Weidenfeld und Lord Weidenfeld of Chelsea diskutiert. Zu der Konferenz hatten die Britische Botschaft Bonn und die Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung geladen.

Bild v.l.n.r.: Dr. Wolfgang Schäuble, der Chefberater des engl. Premierministers Minister Peter Mandelson, Lord Weidenfeld, Prof. Werner Weidenfeld.

Transatlantische Politik gegenüber „Pariah Regimen“

Die zum Teil sehr unterschiedliche Politik der USA und der Europäischen Union gegenüber sogenannten „Schurkenstaaten“ wie Iran oder Kuba hat wiederholt zu Irritationen innerhalb des transatlantischen Verhältnisses geführt. Um zu einer besseren Perzeption des Problems auf beiden Seiten des Atlantiks beizutragen, führte das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) in Zusammenarbeit mit dem German Marshall Fund of the United States einen runden Tisch zum Thema „How should the US and Europe deal with ‘pariah regimes’?“ durch. Die Tagung bildete den Auftakt zu dem am C·A·P angesiedelten Projekt „Improving Responsiveness to International Change“, das vom German Marshall Fund of the United States unterstützt wird.

C·A·P beteiligt sich an Beratungsprojekt für Rußland

Die Entwicklung einer Regionalpolitik zählt zu den Schlüsselproblemen der russischen Systemtransformation. Derzeit erfolgt die Verteilung politischer Kompetenzen und wirtschaftlicher Ressourcen zwischen Moskau und den Regionen stärker nach dem Prinzip eines kurzfristigen Krisenmanagements als nach einer politischen Strategie. Mit dem Ziel, eine umfassende regionalpolitische Konzeption auf der Grundlage fundierter Analysen auszuarbeiten, berät die EU im Zeitraum von 1998 bis 2001 das russische Ministerium für Nationalitätenfragen und föderale Beziehungen. Es handelt sich dabei um ein **TACIS-Programm** (Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States), das das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zusammen mit dem European Policies Research Centre (Glasgow) durchführt.

Als Leiterin der Arbeitsgruppe „Rechtliche und administrative Rahmenbedingungen“ ist die **C·A·P-Mitarbeiterin Dr. Iris Kempe** am Projekt in Moskau sowie in fünf Pilotregionen beteiligt. Die Ergebnisse und Erfahrungen werden auch in die Arbeit des Projektes „Direkte Nachbarschaft“ zwischen der künftigen EU und der Russischen Föderation, der Ukraine, Moldova und Weißrußland, das das C·A·P gemeinsam mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung durchführt, einfließen.

Perspektiven der europäischen Integration nach Amsterdam

1998 ist ein zukunftsweisendes Jahr für die Europäische Union. Die Einführung des Euro geht einher mit dem Start der EU-Beitrittsverhandlungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas. Der EU-Gipfel von Amsterdam sollte Europa für diese Aufgaben fit machen. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) führte deshalb im Dezember 1997 ein wissenschaftliches Symposium durch, um die erneute Fortentwicklung der Römischen Verträge zu analysieren und im Kontext aktueller europäischer Problemstellungen zu bewerten. Die Fachtagung fand im Centrum für angewandte Politikforschung statt. Nach einer Begrüßung durch Dr. Peter März von der BLZ führte Prof. Werner Weidenfeld in die Thematik der Tagung ein und skizzierte zentrale Herausforderungen für die Staaten der Europäischen Union. In anschließenden Programmpunkten referierten u.a. Dr. Thomas Henschel, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa zu „Einstellungen in Bayern, Deutschland und Europa“ sowie Jürgen Turek, Leiter der Forschungsgruppe Zukunftsfragen, zur Rolle der EU im globalen Wettbewerb.

Zu Gast am C·A·P..

... eine Delegation leitender Vertreter der **Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften** besuchte am 16. Dezember 1997 das Centrum für angewandte Politikforschung.

... **Dr. Richard Fallon**, Direktor von RAND-Europe, und **Prof. Werner Weidenfeld**, Mitglied des **RAND-Europe Advisory Board**, diskutierten am 11. Februar 1998 die strategische Weiterentwicklung von RAND-Europe und allgemeine Fragen der Politikberatung in Deutschland.

Vährend der abschließenden Podiumsdiskussion Europa am Scheideweg“: Dr. Christoph Barthmann (Goethe-Institut), Stefan Sattler (Focus), Josef Janning (Forschungsgruppe Europa), Dr. Warnfried Dettling (Publizist), PD Dr. habil. Karl-Rudolf Korte (Forschungsgruppe Deutschland).

Balkanpolitik der USA und der EU nach Dayton

Um den zukünftigen Beitrag der USA und der EU für den Erfolg des Friedensprozesses im ehemaligen Jugoslawien zu erörtern, luden der U.S. Information Service in München und das Centrum für angewandte Politikforschung europäische und amerikanische Experten zu einem Kolloquium ein. Im Rahmen der Transatlantic Issues Series diskutierten 26 Teilnehmer aus Wissenschaft, Militär, NGOs, Administration und Medien unter anderem die Ergebnisse des Berichts der Internationalen Balkankommission. Vor allem die Teilnehmer, die vor Ort im ehemaligen Jugoslawien gearbeitet haben, warfen die Frage nach dem Fundament und der Zukunft des bosnischen Staates auf. Ohne die Hilfe und die Präsenz der internationalen Gemeinschaft sei Bosnien-Herzegowina zur Zeit nicht lebensfähig, andererseits sei aber die Etablierung eines Prorektorats nicht wünschenswert. Von daher werde in einigen Bereichen eine flexible Politik der USA und der EU notwendig sein, z.B. in der Frage der Rückführung von Flüchtlingen in ihre Heimorte oder in der materiellen Hilfeleistung für die einzelnen Bevölkerungsgruppen. Unterschiedliche Positionen provozierte in erster Linie die Frage, welche der westlichen Partnerstaaten in Zukunft eine Führungsrolle im Friedensprozeß spielen sollen. Während einerseits die US-Regierung die Schwierigkeiten des friedlichen Aufbaus Bosniens unterschätzt zu haben scheint, stellt sich andererseits die Frage, ob die EU in Ex-Jugoslawien nicht zu sehr an Glaubwürdigkeit verloren hat, um dort mittelfristig eine Führungsrolle übernehmen zu können.

Transatlantic Issues Series

Mit seiner neuen Vorlesungs- und Seminarreihe wollen das C·A·P und der German Marshall Fund zum Meinungsaustausch und zur Verständigung zwischen politischen Akteuren Europas und der USA beitragen. Die **Transatlantic Issues Series** beleuchten in diesem Zusammenhang primär nicht Probleme innerhalb der bilateralen Beziehungen, sondern „dritte Themen“, die die transatlantische Agenda in Zukunft beeinflussen werden. Neben dem Austausch innerhalb von Expertengremien bietet die neue Seminarreihe auch jüngeren politischen Akteuren die Möglichkeit, ihre Thesen mit einer interessierten Öffentlichkeit zu diskutieren.

C·A·P-Forum...

... Im Rahmen der Präsentation des neuen Arbeitspapiers „The Political Role of the European Union in the Middle East“ der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Stiftung fand am C·A·P ein Symposium zur Lage im Nahen Osten statt, das vom German Marshall Fund unterstützt wurde. Die Unterschiede zwischen den Interessen und politischen Strategien der USA und der Europäischen Union wurden während der Podiumsdiskussion deutlich, in der der ehemalige Nahostberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Prof. Kenneth Stein, und Dr. Volker Perthes von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen die Nahostpolitik Amerikas und der Europäischen Union unter Leitung von Prof. Werner Weidenfeld diskutierten. Während die USA besonders an der Sicherung der Exportwege von Erdöl und der Sicherheit Israels interessiert seien, verfolge Europa das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Stabilität in der gesamten Region. Die Vereinigten Staaten von Amerika, so Stein, agierten im Nahen Osten in erster Linie auf der Grundlage von zwei Prinzipien: Die „konstruktive Diplomatie“ unterstütze vor allem direkte Verhandlungen der betroffenen Parteien. Die „präventive Diplomatie“ sei hingegen darauf ausgerichtet, radikale Regime und extremistische Bestrebungen erfolgreich einzudämmen. Demgegenüber betonte Perthes das europäische Interesse an einer insgesamt stabilen Region. Er forderte, daß Europa künftig eine politisch und dabei insbesondere sicherheitspolitisch aktive Rolle im Nahen Osten übernehmen müsse.

C·A·P-Forum „Nahostpolitik“: Dr. Volker Perthes, Prof. Werner Weidenfeld, Prof. Kenneth Stein (v.l.n.r.).

Die Differenzierung ...

... des europäischen Integrationsprozesses ist durch den Vertrag von Amsterdam erneut verstärkt worden. Mit den Folgefragen der zunehmenden Flexibilisierung haben sich Experten aus sieben europäischen Staaten am 24. und 25.11.1997 während des 3. Treffens des internationalen „European Flexible Integration Network“ im C·A·P auseinandergesetzt. Die Fachkonferenz wurde in Kooperation mit dem norwegischen Institut „Europa-programmet“ und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt.